

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.

Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.

Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom

Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen:

Für die dreispaltigen Beiträge oder deren Raum 30 A.
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Die Sozialisierung!

Selt mehr als 70 Jahren besteht das Streben, daß die Arbeiterklasse die politische Macht erobern, die Produktion vergesellschaften, die Gesellschaft sozialisieren soll. Die Revolution vom November 1918 brachte einen gewaltigen Erfolg in dieser Richtung, der Arbeiterklasse fiel ein großes Stück politischer Macht in die Hände. Es wäre zweifellos größer gewesen, die politische Macht wäre ihr vollständig zugefallen, wenn die Arbeiterklasse geschlossen, nicht gespalten gewesen wäre. Immerhin ist die politische Macht der Arbeiterklasse so groß, daß sie auf dem schon vor 70 Jahren ange deuteten Wege weitergehen, die programmatische Forderung der Sozialdemokratie aus der Theorie in die Praxis umsetzen kann. Hindernisse gibt es allerdings noch massenhaft. Vor allem sind sich recht viele Arbeiter durchaus nicht klar, um was es sich bei der Sozialisierung handelt. Gerade die letzten Ziele der Sozialdemokratie rückten in den letzten Jahrzehnten bei der so notwendigen Beschäftigung mit Gegenwartsfragen immer mehr in den Hintergrund. Darum ist es ein verdienstliches Werk, wenn sich Genossen finden, die versuchen, Aufklärung zunächst in den Reihen der Arbeiter selbst zu fördern. Eine populär gehaltene Broschüre, die in dieser Richtung wirkt, hat Adolf Braun erscheinen lassen.* Danach erwachsen zwei verschiedene, einander entgegengesetzte und doch beide nicht das Tatsächliche, Mögliche und auch das Notwendige völlig treffende Anschauungen in der Arbeiterschaft über die Sozialisierung. Die einen ständen dem Plan immer noch fremd gegenüber, während die andern glauben, ihn heute schon verwirklichen zu können. Die ersteren meinen, daß es sich um einen Sprung ins Dunkle handle, die andern, daß es eine einfache Umschaltung gelte, für die bloß ein kräftiges Wollen notwendig sei und genüge. Die ersteren empfinden den fürchterlichen Zusammenbruch unserer Volkswirtschaft infolge des Krieges als eine Ursache, sich mit der Sozialisierung nicht zu beeilen, sie betonen, daß man ein bankrottetes Geschäft nur mit aller nüchternen Ueberlegung übernehmen soll. Die andern denken nur an die Kriegsgewinne der Industrie und schließen aus diesen Kriegsgewinnen auf unbegrenzte Leistungsfähigkeit und auf die Möglichkeit, in der sozialistischen Verwaltung der Unternehmung einen gewaltigen Vorteil für die Gesellschaft und für die Arbeiter zu gewinnen. Sie übersehen dabei, daß zur Führung der Unternehmung nicht die für die Kriegszwecke angepasste Maschinerie, sondern eine durchaus andere, für die Friedensproduktion geeignete, angewandt werden muß und daß Roh- und Hilfsstoffe wie Halbfabrikate reichlich vorhanden sein müssen, wenn man mit der sozialistischen Produktion eindrucksvoll beginnen will.

Wir müßten uns eben vor Augen halten, daß eine erfolgreiche, den Massen und den Gegnern durch ihre Leistungsfähigkeit und Ertragsfähigkeit Eindruck machende Gemeinwirtschaft notwendig ist, wenn wir imstande sein sollen, unsere entscheidende Aufgabe, die Sozialisierung, im Interesse der Arbeiterklasse und der deutschen Volkswirtschaft durchzuführen. Das sei der Grund, warum begeisterte Anhänger der Sozialisierung, warum ihre entschiedensten Verfechter, wie Karl Rautsky und Rudolf Hilferding, zur Ueberlegung und Vorsicht mahnen. Die Uebertragung eines Betriebes aus der Privatwirtschaft in die Gemeinwirtschaft könne durch einen Befehl erreicht werden. Aber es komme nicht darauf an, daß wir befehlen, sondern darauf, daß wir einen sozialwirtschaftlich einleuchtenden Nutzen bei unsern ersten, also für die Stimmung entscheidenden Experimenten erzielen. Nichts würde die letzten Ziele einer sozialistischen Revolution mehr gefährden als ein unüberlegtes, überschnelles, unsystematisches Eingreifen

in das durch den Krieg sehr schwierig gewordene Wirtschaftsleben und eine hieraus sich ergebende Enttäuschung über unser Wollen.

Die größte Aufgabe, die unserer Politik wie unserer Volkswirtschaft gestellt ist — so schließt Braun —, die Sozialisierung, erweist sich als dringlich, als unabänderlich. Wir müssen alle zusammenwirken, um nach der Vollendung der politischen Revolution auch die soziale Revolution durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel mit Ruhe und Ueberlegung, mit nüchternem und kühlem Verstande, aber auch ohne Ueberlegung, freilich stets das Ziel immer im Auge behaltend, im Interesse der Arbeiterklasse wie im Interesse unseres ganzen Volkes zu glücklichem Ende zu führen. — Dem können wir uns anschließen.

Für Industrien mit großen, festen Betrieben, wo die Arbeiter lange Jahre hintereinander, vielleicht Zeit ihres Lebens beschäftigt sind, erscheint die Sozialisierung verhältnismäßig leicht. Zumal wenn es sich in den Betriebsbesitzern um Aktiengesellschaften handelt, wo der Dividendenempfänger mit der Betriebsleitung nichts zu tun hat. Wir sagen jedoch mit Vorbedacht, in solchen Fällen erscheint die Sozialisierung leicht. Daß selbst in solchen Fällen Schwierigkeiten und große Schwierigkeiten bestehen, möchten wir nicht bestreiten. Allein wie denkt man sich die Sozialisierung der Baugewerbe? Baubetriebe, die mit den Betrieben der ange deuteten Industrien in Vergleich gesetzt werden könnten, existieren so gut wie gar nicht. Zwar existieren auch große Baufirmen, aber ihre Betriebe sind zersplittert, die darin beschäftigten Arbeiter sind keine stabile Masse. Sie werden angenommen je nach Fortschreiten eines Bauwerks und ebenso entlassen, wenn es sich seiner Fertigstellung nähert. Gewiß, das Deutsche Reich, die Bundesstaaten und die Kommunen sind große Bauherren geworden. Der Haushaltetat des Deutschen Reiches enthielt vor dem Kriege Summen von mehreren hundert Millionen Mark als Ausgaben für Hochbauten, ähnliche Summen für Tiefbauten. Ebenso enthielt der Haushaltetat für Preußen Summen von mehreren hundert Millionen Mark für Bauzwecke. Die Stadt Berlin gab alljährlich über 20 Millionen Mark für Bauzwecke aus, und in ähnlichen Verhältnissen bewegten sich die Bauausgaben in andern Bundesstaaten und Städten. Die Bauausführung wurde Unternehmern übergeben. Das braucht nicht zu sein. Die Bauausführung kann auch in eigener Regie bewirkt werden. Um so mehr, da der Krieg in dieser Hinsicht die Entwicklung wesentlich beschleunigt hat. So wird im „Bericht über das erste Geschäftsjahr des Deutschen Wirtschaftsverbundes für das Baugewerbe“ ausgeführt:

„Auf vielen Baustellen unserer Rüstungsindustrie finden wir die Erscheinung, daß der handwerksmäßig gebildete Baugewerksmeister nicht viel mehr ist als der Kolonnenführer oder Polier des Großunternehmers. Die Wurzeln dieser Erscheinung liegen in der Gesamtentwicklung unserer Volkswirtschaft und nicht nur unserer Volkswirtschaft, sondern in der Organisation der gesamten weltwirtschaftlichen Arbeit, wie sie sich bereits in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege angebahnt hat. Während aber in einer ganzen Reihe von Industrien schon vor dem Kriege diese Entwicklung zu einem absoluten Siege der kaufmännisch-kapitalistisch organisierten Großunternehmung über die handwerksmäßig betriebene Kleinunternehmung geführt hatte (Textil-, Schuhwarenindustrie usw.), war in andern Gewerbszweigen die Entscheidung durchaus noch nicht nach der einen oder andern Seite hin gefallen, vielmehr schienen sich eher ein Gleichgewichtszustand anzubahnen. Zu diesen Gewerben dürfte das Baugewerbe gerechnet werden. Wenn auch, insbesondere mit dem ungeheuren technischen Aufschwung des eine großindustrielle Verwertung seiner Verarbeitungsmethode nach begünstigenden Betonbaues die Betriebskonzentration im Baugewerbe nicht zu verkennen war, so blieb doch, vornehmlich bei der privaten Bautätigkeit, dem handwerksmäßig geschulten Unternehmer noch ein weites Feld seiner Tätigkeit, das ihm für Jahrzehnte wenigstens gesichert erscheinen konnte. So kann heute noch nicht gesagt werden, inwiefern die Kriegsjahre (die ja in wirtschaftlicher Beziehung nicht doppelt, sondern vierfach gezählt werden müssen) etwa die Entwicklung von Jahrzehnten hier vorweg genommen haben.“

Wenn auch im Baugewerbe sozialisiert werden soll, dann wird hier eingeseht werden müssen. Allerdings, so leicht, wie es mitunter hingestellt wird, ist auch das nicht. Der vorstehende Bericht gibt Anhaltspunkte für die Schwierigkeiten, die zu überwinden sind. Jedenfalls dürfte es nicht damit abgetan sein, daß man die kaufmännisch-kapitalistisch organisierte Großunternehmung einem Arbeiterrat unterstellt.

Wesentlich undurchsichtiger liegen die Verhältnisse beim Wohnungsbau. Vor mehr als einem Menschenalter wurde das Wohnhaus auf Bestellung errichtet. Seitdem kauft der Bauunternehmer ein Grundstück, baut ein Haus darauf und sucht einen Käufer. Der Hausbau ist Warenproduktion geworden. Ferner wird mit fremdem Gelde gebaut. Stabile Baugeschäfte, wo die Bauarbeiter dauernd beschäftigt werden, sind außerordentlich selten, in den Großstädten kaum zu finden. Meist beschränkt sich die Beschäftigung der Bauarbeiter nur auf einen Bau, ist der fertig, dann muß sich der Bauarbeiter Arbeit an einem andern Bau suchen. Wenn der Bauunternehmer den Bauplatz kauft, ist er meist mit Hypotheken so hoch belastet, daß der eigentliche Bau keinen übermäßigen Profit abwirft. Tausende von Bauunternehmern machen bei ihrem ersten Bau bereits bankrott. Solche Baugeschäfte lassen sich nicht sozialisieren. Soll hier sozialisiert werden, dann muß mit der Sozialisierung des Baugrundes begonnen werden. Damit stehen wir vor einem Problem, das über die Interessen der Bauarbeiter weit hinausgreift, vor einer gesellschaftlichen Frage in des Wortes vollster Bedeutung. Gewiß, auch diese Frage muß und wird einmal gelöst werden; denn die städtische Grundrente kann nicht in alle Ewigkeit als arbeitsloses Einkommen Spekulant in den Hals geworfen werden. Aber um sie zu lösen, gehört mehr dazu als bloß der gute Wille der Bauarbeiter.

Nun schreibt auch Parvus in seiner Broschüre „Der Arbeitersozialismus und die Weltrevolution“: Die Hauptschwierigkeit bei der wirtschaftlichen Ueberwindung des Kapitalismus liege nicht darin, den kapitalistischen Besitz durch Kollektivbesitz zu ersetzen, sondern die kapitalistische Produktion in die sozialistische überzuführen. Die Expropriation sei das wenigste, die Organisation sei alles. Falsch und verderblich wäre es, sich etwa auf den Standpunkt zu stellen: Da der Staat selbst sozialistisch umgestaltet wird, so brauchen die Arbeiter der Staatsbetriebe keine gewerkschaftlichen Interessenvertretungen mehr, wie gegenüber dem kapitalistischen Staat. Das wäre falsch; denn die Interessenvertretung der Arbeiterschaft gehört mit und bildet sogar den wesentlichsten Teil der Sozialisierung des Staates. Während der Uebergangszeit fällt vor allem den Gewerkschaften die große Aufgabe der moralischen Erziehung der Arbeiterschaft zu. Sie werden dieser Aufgabe um so mehr gerecht werden können, als das schon bisher einen wesentlichen Teil ihrer Tätigkeit ausmachte.

In der Tat liegen die Dinge vor allem in den Baugewerben so, wie Parvus andeutet. Sozialisierbare kapitalistische Betriebe existieren in den Baugewerben fast gar nicht. Die bestehenden Baubetriebe müssen ausgeschaltet, neue Baubetriebe müssen organisiert werden. Ohne aufgeklärte und in Gewerkschaften fest zusammengeschlossene Arbeiter ist das kaum denkbar.

Bei dieser Sachlage ist es außerordentlich bedauerlich, daß von einer gewissen Seite aus versucht wird, den Gewerkschaften durch eine Art „Räteystem“ Konkurrenz zu machen. Dahinter verbergen sich allerdings politische Absichten, auf deren Erörterung wir uns in diesem Zusammenhang nicht einlassen können. Hier haben wir es bloß mit den wirtschaftlichen Wirkungen des „Räteystems“ zu tun. Zweifellos läßt sich ein solches System in vielen Industrien mit den Gewerkschaften verbinden. Aber die Gewerkschaften durch das „Räteystem“ ersetzen, hieße nicht die Arbeiterinteressen

* Braun, Adolf, „Die Sozialisierung“. Preis 20 A. Verlag der Fränkischen Verlagsanstalt und Buchdruckerei G. m. b. H., Nürnberg.

fördern, sondern sie schwer schädigen. Das „Räteystem“ ist bloß eine andere Bezeichnung für unsere früheren Platzdeputiertenorganisationen. Wo diese die Grundlage von Bewegungen bildeten, da waren die Bewegungen schwerfällig und wenig erfolgreich. Erst die Verbindung der Platzdeputierten mit festen Gewerkschaftsverbänden machte Bewegungen wirksamer und sicherte die gebahnten Erfolge.

Ganz besonders in den Baugewerben ist ohne feste Berufsverbände als Grundlage der Arbeiterinteressenvertretung nichts zu machen. Diese Gewerkschaftsverbände zu erhalten und zu fördern, gehört zu den unerlässlichsten Vorbedingungen der Sozialisierung der Baugewerbe.

Stimmen über den Völkerbund.

Nicht nur in der deutschen Presse hat der im Februar veröffentlichte Entwurf über die Gestaltung des Völkerbundes abfällige Kritik und Ablehnung gefunden. Aus allen Ländern liegen ähnliche Urteile vor. So schrieb die in London erscheinende „Nation“, der Entwurf wirke wahrlich nicht ermutigend, ein Skeptiker sei berechtigt, ihn einen Bund der fünf Großmächte oder ihrer Regierungen zu nennen. Die Abmachungen betreffs Deutschlands seien nicht geeignet, dieses Land mit Begeisterung zu erfüllen. Entmutigend wirke ferner das unerklärliche Fehlen jeder Bestimmung über Verteilung der Rohstoffe. Dadurch bleibe der Entwurf ein Messer ohne Klinge. Ein gerechtes wirtschaftliches Abkommen hätte politische Härten beträchtlich mildern können. Eine Gefahr für die Welt bilde die Uebergangszeit, während welcher wirtschaftliche Zustände in Deutschland sicher den besten Blickleiter für die deutsche Entrüstung abgegeben hätten. Mit einem Worte: der Bund erwecke recht wenig Vertrauen.

In der italienischen sozialistischen Wochenschrift „La Critica sociale“ schrieb Mondolfo, der Pariser Entwurf bedeute ein völliges Scheitern der Ideale Wilsons. Entweder habe er seit zwei Jahren den Idealisten nur gespielt oder er sei in Paris dem Clemenceau unterlegen. Von einem brüderlichen Bund der Völker enthalte der Entwurf nicht einmal einen Keim, nicht einmal eine Verheißung. Die heilige Allianz erhebe von neuem mit ihren Waffen und Methoden, ohne jede idealistische Maske vor imperialistischer Gier. Darum begrüße ihn auch die reaktionäre „Morning Post“ freudig als Bund der fünf siegreichen Großmächte. Die besiegten Völker seien von den Verhandlungen ausgeschlossen, könnten keine Änderungen beantragen, sondern müßten entweder alles in Kauf und Wogen annehmen, was die Sieger zur eigenen Sicherung und zur Aufrechterhaltung des ihnen genehmen internationalen Gleichgewichts beschlossen haben, oder sie müssen als Feinde des Bundes draußen bleiben. Was ihnen dann Blühe, zeige bereits Artikel 19, der die Frage der Kolonien regelt, aber nur insoweit, als sie den bisherigen Feinden gehörten. Wenn es heiße: Deutschland sei wegen der Kolonialgründe unwürdig, Kolonien zu besitzen — sei denn die Kolonialgeschichte anderer Völker frei davon? Lasse sich Deutschland keine Kolonien nicht nehmen, so bleibe es entweder dem Völkerbund fern oder es sinne im stillen auf Mache. Als Schutz dagegen knüpfe Artikel 2 die Aufnahme in den Völkerbund an eine Zweidrittelmehrheit. Das sei der alte Geist der heiligen Allianz: Brüderlichkeit, die von vornherein an künftige notwendige Kriege und den Schutz dagegen denkt.

Auch der Sozialist Professor Labriola hat Anfang März in der italienischen Kammer ausgeführt, der Entwurf sei durch seine Spitze gegen Deutschland und durch die Ausschließung Russlands seines idealen Gehalts beraubt worden. Wie der Völkerbund jetzt errichtet werden solle, sei er nichts anderes als ein Dauerbündnis der siegreichen Mächte. Ein Völkerbund könne nur dann Bestand haben, wenn er auch die besiegten Völker als gleichberechtigt anerkenne. Wohlwollende Politik sei nicht dem Deutschland der Hohenzollern und nicht dem Oesterreich der Habsburger gegenüber angebracht gewesen, wohl aber gegenüber den Völkern und den neugegründeten Republiken. Der Entwurf errichte eine französische Vorherrschaft auf dem europäischen Festlande und eine englische Hegemonie zur See. Ein solches Uebergewicht Frankreichs sei eine ständige Bedrohung Italiens.

Ein Schweizer Blatt, die Genfer „Nation“, schrieb, die Rückreise Wilsons nach Amerika sei weniger triumphierend gewesen als seine Ankunft. Er sei gekommen, habe gesehen, aber leider nicht siegt. Clemenceau habe einmal gesagt, es sei leichter, Krieg zu führen als Frieden zu schließen, man fange an zu fürchten, Wilson habe uns blauen Dunst vorgemacht. Der Pariser Vertrag zum Völkerbunde sei nur ein ewiger Allianzvertrag, wie ihn die Geschichte Hunderte kenne. Man frage sich, wie sich Wilson mit einem so jämmerlichen Ergebnis habe begnügen können. Glaube er, es sei besser, ein rachitisches und skrofisches Kind in die Welt zu setzen, als ohne Nachkommenschaft zu sterben? Dabei sei es ihm nicht einmal

gelingen, seine Bundesgenossen zufriedenzustellen. Inzwischen verbinde England Ostafrika fest mit Indien und schaffe dadurch das furchtbarste Reich, das die Welt je gesehen habe. Mit Konstantinopel, Aegypten und Mesopotamien habe England so lange nichts zu fürchten, als Frankreich in Englands Bahnen wandle und nicht begriffen habe, daß ein dauernder Friede ohne ehliches Einverständnis mit Deutschland nicht möglich sei.

In der „Neuen Züricher Zeitung“ äußerte sich der bekannte Pazifist Dr. Mfr. G. Fried am Schluß eines längeren Artikels: „Ich bin nicht der Ansicht, daß diese einseitige Konstituierung des Bundes und die vorläufige Nichtbeteiligung Deutschlands und der von Oesterreich-Ungarn übriggebliebenen Teile, die die Feindschaft der Verbandsmächte allein gercht haben, wie der Ausschluß der russischen Staatenwelt an sich eine Vereitelung eines wirklichen Friedensbundes für alle Zukunft bedeutet. Ich teile auch nicht die ziemlich verbreitete Meinung, daß der Völkerbund in dieser Teilercheinung nur eine Fortsetzung des Kriegsbündnisses der Verbandsmächte bedeutet. Doch bedaure ich, daß ein Werk, das für die gesamte Menschheit von ungeheurer Bedeutung sein soll, aus einer Werkstatt hervorgehen muß, in der noch die Eindrücke und die Nachwirkung des Krieges die Geister beeinflussen.“ — Auch die „Versöhnung“, das Organ des schweizerischen Komitees zur Vorbereitung des Völkerbundes, ist vom Entwurf nicht befriedigt, hofft jedoch, er werde der Ausgangspunkt sein für die politische Vereinheitlichung der Menschheit und die hierdurch gesicherte dauernde Vermeidung menschlicher Selbstzerfleischung durch Kriege.

Anschließend an die Tatsache, daß im amerikanischen Senat eine starke Abneigung gegen den Völkerbund besteht — Senator Lodge hat dieser Stimmung scharfen Ausdruck gegeben —, schrieb die Kopenhagener „Politiken“, es klinge paradox, wenn Wilson gesagt habe, er komme jetzt mit erneuten Kräften nach Europa, weil die überwiegende Mehrzahl des amerikanischen Volkes für den Völkerbund gesinnt sei. Aber das sei wirklich der Fall, und Wilson habe schon früher gezeigt, daß nicht die parlamentarische Mehrheit entscheidend für ihn sei, sondern der Volkswille. Deshalb fühle er sich so sicher. In einem wichtigen Punkte habe Wilson allerdings nachgeben müssen. Sei auch schließlich an Stelle des französischen und des amerikanischen Entwurfs in Paris der englische angenommen worden, so sei trotzdem Wilsons Gedanke gefallen, erst den Völkerbund zu gründen und dann den Friedensvertrag festzustellen. Man wisse jetzt überall, daß jetzt der Vorfrieden sehr schnell abgeschlossen werden müsse, solle nicht ein Weltchaos ausbrechen. Darüber sei sich Wilson auch klar. Er sei wieder nach Europa gereist, um sich für die Schaffung eines Friedens einzusetzen, der einen Völkerbund ermögliche, wenn dieser auch nicht die Grundlage, sondern die Krone des Werkes werden solle. Um das zu erreichen, müsse Wilson mehr von seinem Geiste in den Entwurf hineinbringen, als ihm im Februar gelungen sei.

Man sieht, die ausländische Presse bringt dem Völkerbund, wie er geplant ist, nur geringes Vertrauen entgegen. Es wird sich bald herausstellen müssen, bis zu welchem Maße die Bedenken berechtigt sind. Jedenfalls haben wir Deutschen keinen Anlaß, die endgültige Gestaltung optimistisch zu betrachten.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Das Material für die statistischen Feststellungen im März, April, Mai und Juni ist versandt, teils an die Adressen der Vorsitzenden, teils der Kassierer der Zahlstellen. Falls die Empfänger des Materials nicht mit der Führung der Feststellungen beauftragt sind, haben sie es unverzüglich den hierfür in Frage kommenden Kameraden zu übergeben. Zahlstellen, die bis Ende dieser Woche das Material noch nicht erhalten haben, worüber sich die Vorsitzenden und Kassierer gegenseitig Gewißheit verschaffen müssen, haben es sofort bei dem Unterzeichneten anzufordern. Die Feststellungstermine sind:

Sonabend, den 29. März | Sonnabend, den 31. Mai
 " " 26. April | " " 28. Juni.
 Regelmäßige und rechtzeitige Einsendung der Karten ist dringende Pflicht aller Zahlstellen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Barth. Am 9. Februar hielten wir unsere Mitgliederversammlung ab, die ziemlich von allen aus dem Heeresdienst entlassenen und in der Stadt anwesenden Kameraden besucht war. Die Abrechnung wurde anerkannt. Hierauf wurde über verschiedene Eintrittsgesuche debattiert und beschlossen, die wegen Schulden gestrichenen Kameraden wieder aufzunehmen. Des Weiteren wurde bekanntgegeben, daß der Stundenlohn nach Vereinbarung vom 1. März ab M 1,33 beträgt. Der Winterbeitrag wurde auf 20 S die Woche festgesetzt. Dann wurden Platzdelegierte gewählt, um auch den letzten Zimmerer zur Einsicht zu bringen, daß Organisieren eine dringende Notwendigkeit ist. Weiter wurde die von den Kameraden angeregte Feier des fünf- und zwanzigjährigen Bestehens unserer Zahlstelle besprochen. Wenn auch die Zeit nicht danach angetan ist,

so soll die Feier doch am Sonnabend, 15. März, stattfinden. Unser Gauleiter Michaelis, Stettin, soll hierzu eingeladen werden. Ein Antrag des Kassierers, den Familien zweier noch im Lazarett befindlichen Kameraden eine Unterstützung zu bewilligen, wurde angenommen.

Bremen und Umgebung. (Jahresbericht.) Im Jahre 1918 hatte sich der Vorstand der Zahlstelle vorgenommen, die Agitation in ausgiebigster Weise zu betreiben. Wir wollten alle uns noch fernstehenden Zimmerer bewegen, sich dem Verbands anzugliedern, damit zur richtigen Zeit den Unternehmern eine Kampftruppe gegenübergestellt werden könne zur Abwehr von Reduzierungen der Löhne. Im großen und ganzen ist dieses Ziel erreicht. Zur Hilfe kam uns die Revolution, wodurch auch eine Erleichterung der gewerkschaftlichen Arbeit mit herbeigeführt wurde. Unser Ziel, die achtstündige Arbeitszeit, ist nunmehr gesetzlich geregelt. Die Kriegsbautätigkeit war im Geschäftsjahr noch recht gut; nach dem Waffenstillstand normal. — Man befürchtete aber große Arbeitslosigkeit nach Beendigung des Krieges. Anzeichen hierfür setzten im Dezember ein. Nach unserer Statistik hatten wir:

Jahr	Kontroll-tage	Unterstützungs-tage	Unterstützung
1916.....	137	24	M. 24,90
1917.....	49	6	" 11,—
1918 (Dez.)	669	270	" 503,—

Durch die ausschließliche Vermittlung der Arbeit durch den öffentlichen Arbeitsnachweis mußte unser Nachweis im Dezember die Unterbringung der Arbeitslosen einstellen. Viele Kameraden waren mit dieser Maßnahme nicht einverstanden. Erklären können wir aber, daß unser Nachweis gegenständig gewirkt hat und seit dem Jahre 1910 bestrebt war, Ordnung in die Vermittlung zu bringen. Unsere Kameraden sowie auch die Arbeitgeber hatten sich vollständig in die Verhältnisse eingelebt.

Wenn auch im Berichtsjahre noch verschiedene Kameraden (31) zum Heeresdienst eingezogen wurden, so überwiegt doch sehr die Entlassung (155 bis Ende Dezember). Der Mitgliederstand war: 1916 Ende des vierten Quartals 287, 1917 Ende des vierten Quartals 354, 1918 Ende des vierten Quartals 619.

Alle Bezirke der Zahlstelle sind wieder errichtet, nur Rotenburg steht noch aus. Die Anmeldungen vom Militär haben sich glatt vollzogen; einige Kameraden, die sich leider noch in Gefangenschaft befinden oder wegen einer Verletzung nicht mehr im Beruf arbeiten können, fehlen in unsern Reihen. Nach unsern Ermittlungen sind dieses 75 Mitglieder. Auch die 95 Gefallenen wird die Zahlstelle in Ehren halten. Wollen wir aber unsere Zahlstelle wieder mit an erste Stelle innerhalb des Verbandes bringen, so müssen alle Mitglieder mehr als bisher alles aufbieten, die uns noch Fernstehenden zu organisieren. In erster Linie hat die Agitation auf den Arbeitsplätzen einzusetzen, es sind Platzdelegierte zu wählen, die laut einer Vereinbarung zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen vor Maßregelung jetzt gesichert sind.

Nachdem bereits drei Feuerungszulagen vereinbart waren, ist die vierte am 1. Oktober 1918 resp. 1. Januar 1919 in Kraft getreten. Da aber durch die Lohnumrechnung auf acht Stunden ab 15. November der Stundenlohn erhöht werden mußte, betragen die Löhne ab 1. Januar 1919 in Bremen 182 S, Brinnum 139 S, Vegesack-Burgdamm 145 S, Scharnbeck 142 S, Ritterhude 144 S, Mahndorf 134 S, Achim 180 S, Lilienhal 130 S, Syke 130 S. Zu bemerken ist aber, daß die Löhne in Bremen durch Vereinbarung mit den Arbeitgebern unter Mitwirkung des Vorsitzenden des Demobilisierungsausschusses zurzeit 200 S pro Stunde, in Vegesack-Burgdamm, unter Verständigung mit den Arbeitgebern, 147 S betragen. Ueber die Löhne bei Arbeiten außerhalb des Lohngbietes Bremen schweben augenblicklich Verhandlungen. Durch die gesetzliche Einführung der achtstündigen Arbeitszeit ist unsere Arbeitszeittabelle geändert. Die Arbeitszeit soll in den Sommermonaten in Bremen, ab 1. März, morgens 7 Uhr beginnen und abends 4 Uhr enden. Als Frühstück- und Mittagspause ist je eine halbe Stunde vorgesehen. Diese Einteilung der Arbeitszeit ist in allen unsern Bezirken und Lohngbietern der Zahlstelle zu empfehlen. Größere Differenzen fanden bei der Firma Brandt, Achim, statt. Unsere Kameraden verlangten eine den Verhältnissen angemessene Auslösung von M 2 pro Tag. Mit der Firma und dem Arbeitgeberverbande konnte keine Einigung erzielt werden. Der Schlichtungsausschuß d. S. D. G. wurde angerufen und hat eine Einigung herbeigeführt, nach der Verheiratete eine Auslösung von M 1,50, Ledige 75 S pro Tag erhalten. Beide Parteien stimmten dem Schiedsspruch zu. Eine Arbeitseinstellung mußte aber erst erfolgen, um den Schlichtungsausschuß rascher arbeiten zu lassen. Lohn Differenzen auf den Hansfallhöfwerken wurden durch Verhandlungen beigelegt; der tarifliche Lohn wurde anerkannt. Mehrere Jahre lang haben unsere Kameraden weniger Lohn erhalten. Ferner wurden mit einer Anzahl Unternehmer Verständigungen herbeigeführt, wonach die Zimmerer innerhalb des Lohngbietes in dieser oder jener Form Tageszuschläge zum Lohn erhielten. Teilweise wird auch heute noch diese Vergütung gewährt. An den Lohnbewegungen auf den Werften nahmen unsere Kameraden regen Anteil; auf ihren Wunsch wurde ihnen eine Vertretung in der Werftlohnkommission zugestanden. Mit dieser Aufgabe wurde Kamerad Kolb betraut. Die Poliere bei der Firma Brandt, Achim, wurden bei ihrer Lohnbewegung von uns energisch unterstützt, so daß auch sie vollen Erfolg hatten. Weitere Differenzen aus dem Verträge waren zu erledigen, und zwar aus § 2 vier, § 3 neun, § 4 sechsundzwanzig, § 5 eine, § 8 sechsundzwanzig, § 9 einundzwanzig, § 10 achtzehn; in Summa 95. An Arbeitseinstellungen in fremden Berufen waren wir zweimal beteiligt.

Das Kapitel: „Arbeiten in den besetzten Gebieten“ hat auch im Jahre 1918 viele Scherereien hervorgerufen. Soweit man beurteilen kann, kam es den Unternehmern hauptsächlich darauf an, zunächst Zimmerer unter augenblicklich günstigen Bedingungen auf längere Zeit zu verpflichten. Am Arbeitsort aber hatten die Kameraden gar keine Rechte, hier diktierte die Militärverwaltung. Zurückgekehrt in die Heimat, kamen dann aus allen Gegenden Deutschlands Beschwerden und Petitionen mit dem

Auftrag, Klage beim Gewerbegericht zu erheben. Des Ästern wurde dann aus der Vereinbarung vernommen, daß auch durch Unterschrift anerkannt war, daß neben der Vereinbarung auch die sämtlichen noch zu erwartenden militärischen Bestimmungen Gültigkeit haben. Unter solchen und ähnlichen Umständen ist dann nicht mehr viel zu holen. Sollten aber in Zukunft hier oder dort Zimmerer nach auswärts im Aufbaugelände Beschäftigung finden, so müssen die Erfahrungen genügend gewertet werden. Unsere Kameraden sollten es bei solchen Arbeiten nicht allzu eilig mit dem Abreisen haben. — Im September nahm eine Versammlung Stellung zu den Unterstützungsangelegenheiten des Verbandes. Beschlossen wurde, einen gründlichen Ausbau in dieser Form vorzunehmen. Die Unterstützungsfälle ständen in keinem Verhältnis zu dem gesunkenen Geldwert. Der kommenden Verbandsgeneralversammlung wurde vorgebracht, indem festgelegt wurde, ab 1. Quartal 1919 20 % mehr Lokalfonds zu erheben. Diese 20 % sollten bei der kommenden zentralen Beitragsregulierung in Anrechnung gebracht werden. Erwarten wir von unserer Generalversammlung, daß diesem Wunsch Rechnung getragen wird, indem Pflichten und Rechte gleichmäÙiger verteilt werden.

Mit der Bautätigkeit 1919 wird es nicht allzu rosig werden. Wenn auch gerade kein Holzangel vorhanden ist, so fehlt es aber an Steinen und Transportmitteln. Und weil die Biegelien nicht genügend mit Kohlen versorgt werden, können sie nicht voll arbeiten. Neben dem Mietwohnungsbau müssen aber auch größere Bauten ausgeführt werden. Leider sind die letzteren recht sparsam, und was angefangen werden soll, ist nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Viele Kameraden sehen sich deshalb schon nach Arbeiten außerhalb des Berufes um, weitere werden wohl folgen müssen. Daß unter den augenblicklichen schlechten Arbeitsverhältnissen unsere Kameraden zu leiden haben, spiegelt sich sehr oft in ihrer Stimmung wider. Nur ist hieran nicht die Organisation schuld, sondern die augenblicklichen schweren Zeiten. Hoffen wir, daß auch sie bald vorübergehen.

Die Geschäfte der Zahlstelle erledigte der Vorstand in 18 Sitzungen. 64 Versammlungen respektive Besprechungen mußten abgehalten werden, um die notwendigsten Sachen zu erledigen. Der Besuch der Versammlungen war in der letzten Zeit gut, im allgemeinen zufriedenstellend. Der Ausgang an Korrespondenz betrug 367 Briefe, 357 Postkarten, 1100 Drucksachen, 87 Pakete und 16 Geldsendungen. In 28 Fällen wurden im Gau 10 Erledigungen ausgeführt. Unser Finanzgebaren (Lokalkasse) ist wie folgt:

Einnahme	Ausgabe	Kassenbestand am Schluß d. 4. Quart.
1914..... 17 638,83	15 673,59	89 279,75
1915..... 9 640,53	11 369,41	87 550,87
1916..... 7 779,75	8 998,86	86 331,76
1917..... 8 909,66	8 949,86	86 291,56
1918..... 11 627,01	9 747,58	38 170,99

An Einnahmen und Ausgaben für die Zentralkasse wurden 1918 M 15 200,80 verrechnet. Während des Krieges haben wir alle nicht sehr notwendigen Ausgaben vermieden, sind aber jetzt vor viele Neubestellungen gestellt. Zum Beispiel sind fast alle Materialien für den Bureaubedarf verbraucht. Auch werden sich für alle weiteren Einrichtungen und Anschaffungen bedeutend höhere Kosten ergeben, so daß wir mit erhöhten Unkosten rechnen müssen. — Der Vorstand der Zahlstelle plante eine Zahlstellenversammlung, kann aber dieselbe vorläufig nicht zusammenrufen, weil die sonntägliche Verbindung mit Bremen augenblicklich sehr schlecht ist. Wir empfehlen deshalb, in allen Bezirken zu dem jetzigen Stellung zu nehmen, aber auch die Delegiertenwahlen vorzunehmen, damit alle Vorbereitungen für die Zahlstellenversammlung erledigt werden.

Nachdem nun viele unserer Kameraden wieder in unsern Reihen stehen, werden sie zugeben müssen, daß von der Organisation alles getan ist, um über die Kriegszeit hinwegzukommen. Bei allen unsern Maßnahmen leitete uns das Organisationsinteresse. Leider muß aber gesagt werden, daß einzelne Kameraden oft anders handeln, als es das Gesamtinteresse erfordert. Es muß in den Versammlungen mehr die Meinung der Mitglieder zum Ausdruck kommen, damit Klarheit geschaffen wird. Nach der Versammlung ist so zu handeln, wie beschloffen ist. Mehr Kameradschaftlichkeit und Einigkeit muß bei allen unsern Maßnahmen obwalten. Jeder gelobe, in Zukunft seine ganze Kraft einzusetzen, alle Zimmerer dem Verbandszuführen, damit durch die Organisation ein höheres Lebensniveau erreicht wird.

Vochum. Am 22. Februar fand hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Kamerad Stümmeier hielt einen lehrreichen Vortrag über die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen, worin den Kameraden interessante Bilder gezeigt wurden. Man kann es verstehen, wenn die Herrschaften von Bildung und Besitz sich mit Händen und FüÙen gegen die Neuordnung wehren. Die Kameraden versprachen, am Wahltag ihren Mann zu stellen, nötigenfalls auch Schlepperdienste zu leisten. Darauf wurde Kamerad Ernst Schäfer einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Kameraden, welche auf der Arbeitsstelle in Differenzen kommen, sollen vorläufig nichts weiter unternehmen, sondern sofort dem Vorsitzenden Mitteilung hierüber machen. Sodann wurden Platzbelegierte gewählt und sonstige Fragen erledigt. Mit einem Hoch auf den Zentralverband wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Am 8. März hielt Genosse Bierenkämper einen Vortrag über die Bedeutung der Presse für die Arbeiter. Anschließend wurde der Beschluß gefaßt, bei den Kameraden die Abonnementwerbung für das „Volkblatt“ einzuleiten. Zum Andenken an die im Felde gefallenen Kameraden soll eine Ehrenfahne angefertigt werden. Darauf wurde die Lohnfrage behandelt. Der Vorsitzende, Kamerad Schäfer, berichtete über die am 4. März im Rathaus zu Vochum vereinbarten Lohnherabsetzungen. Demnach beträgt der Stundenlohn für einen Zimmergesellen M 2; für Ueberlandarbeiten beträgt die Entschädigung fürs Mittagessen pro Tag ebenfalls M 2. Sonst gilt der Tarif, abgesehen von der Arbeitszeit, genau so wie er am 1. Juni 1913 abgeschlossen

wurde. Der jetzige Tarif läuft am 31. dieses Monats ab, doch ist zu erwarten, daß derselbe auf einige Wochen verlängert wird, bis der neu abzuschließende Tarif unter Dach und Fach gebracht ist. Die Verhandlungen hierzu beginnen bereits am 18. März zwischen den Zentralvorständen. Die Kameraden, welche auf industriellen Werken beschäftigt sind, sind aufgebracht, weil die Lohnherhöhung ihnen nicht auch direkt zufällt. Das liegt daran, weil die industriellen Werke dem Arbeitgeberverbande für das Baugewerbe nicht angehören. Der Vorsitzende ermahnte die Kameraden zur Besonnenheit; sie seien nicht vergessen worden, sondern sollten sich nur noch einige Tage gedulden. Es soll versucht werden, die so dringende Lohnherhöhung auch den Fabrikzimmerern zu verschaffen, da sie für Kleidung noch größere Aufwendungen machen müssen als die Kameraden in der Stadt. Ferner faÙte die Versammlung den Beschluß, beim Gewerkschaftskartell zu beantragen, das Zahlen für den Baufonds einzustellen. Die nächste Versammlung findet am Sonnabend, 22. März, statt. Einen Vortrag zu halten, wurde für diese Versammlung nicht für nötig gehalten, da man mit der Lohnfrage, der Kardinalfrage der Gewerkschaften, die Zeit gut ausfüllen wird. Der Vorsitzende machte noch die Kameraden darauf aufmerksam, daß, falls die Wahl des Arbeiterrates in der nächsten Zeit vorgenommen werden sollte, die Zimmerer ihren Mann stellen möchten.

Mittlerweile hat am 11. März eine Versammlung der Fabrikbauarbeiter stattgefunden. Die Verwaltung des Bochumer Vereins hat höchstens M 1,50 Zulage zugesagt. Die am Orte vereinbarte Lohnaufbesserung beträgt aber pro Tag M 3,20. Die Bauhandwerker sind mit der Zulage nicht zufrieden. Sie verlangen Anerkennung des Tarifes und wählen eine fünfgliedrige Kommission. Die Kameraden sind gewillt, ihre Forderung mit Nachdruck zu vertreten.

Chemnitz. Eine am 11. Februar abgehaltene Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit der Erhöhung der Beiträge. Kamerad Ungetim führte über die Notwendigkeit der Erhöhung aus: Der Bestand unserer Lokalkasse sei in den 4 Kriegsjahren um über M 6000 zurückgegangen; es sei aber, um für kommende Zeiten gerüstet zu sein, notwendig, unseren Kampfposts wieder auf eine respektable Höhe zu bringen. Nach kurzer Diskussion hierüber wurde einstimmig beschloffen, die Zahl der Beitragsklassen auf 3 zu beschränken, und zwar Klasse 1 für die Stadt und das höhere Lohngebiet, Klasse 2 für das Land mit niedrigerem Lohn, Klasse 3 für die bei Holzhandarbeiten und in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Kameraden, die unter M 1 Stundenlohn erhalten. In der Klasse 1 werden die Lokalfondsbeiträge von 35 auf 55 % erhöht, ebenso in Klasse 2. Die Beitragssmarken sind demnach: Klasse 1 55/75 %, Klasse 2 55/65 %, in Klasse 3 bleiben sie 30/55 %. Weiter wurde einstimmig beschloffen, den § 4 des Ortsstatuts, Verhalten bei Arbeitslosigkeit, abzuändern. Es wird danach nur der vom Verband Ausgesteuerte auf Kosten der Lokalkasse vom Beitrag befreit, wenn er zugleich die jeweils letzte Versammlung besucht hat. Ferner wurde beschloffen, daß die während der beitragsfreien Zeit eintretenden Kameraden außer dem vorgegebenen Eintrittsgeld M 5 Lokalfondsbeitrag zu zahlen haben. Die bisher gezahlte Entschädigung an die Kolportureure wird um 10 % pro Monat und Mitglied erhöht. Es erhalten jetzt Kolportureure, die bis 10 Mitglieder haben, pro Monat und Mitglied M 1,10, die über 10 Mitglieder haben, pro Monat und Mitglied M 1. Von dem Eindrucken der Abänderungen wird vorläufig abgesehen, da ja nach Ablauf der Tarifverträge und stattgefundener Generalversammlung sich ohnehin eine Neuaufgabe des Ortsstatuts notwendig mache. Die Beteiligung an dem geplanten paritätischen Arbeitsnachweis wird beschloffen; Voraussetzung aber ist, daß uns ein Vertreter darin zugestanden wird und die Kosten von der Stadt übernommen werden. In den Arbeitsnachweisausschuß wurde Kamerad Gubisch gewählt. Zur Regelung der Sommerarbeitszeit sprachen sich alle Arbeiter für Beibehaltung der 45tündigen Arbeitswoche aus. Die einstündige Mittags- sowie halbstündige Frühstückspause soll beibehalten werden. Nach Erledigung verschiedener Verbandsangelegenheiten erfolgte Schluß der diesmal nur mäßig besuchten Versammlung.

Cuxhaven. Am 13. Februar tagte unsere Mitgliederversammlung. Nach Erledigung der Vorstands- und Kartelldelegiertenwahlen berichtete Kamerad Olfers über die Verhandlungen mit den Unternehmern. Folgende Vereinbarung kam zustande: bei der Hochseefischerei ein Lohn von M 1,75 pro Stunde und freies Handwerkszeug; beim Hafenausbau wird in Zukunft ein Zuschlag von 20 % pro Stunde für Siel- und Schleusenbau sowie für Zief- und Betonbauarbeiten gezahlt; für letztere, soweit sie unter den Begriff Tiefbauarbeiten fallen. Ein Wintervergügen abgesehen, wurde gegen 3 Stimmen abgelehnt. Unter „Verschiedenes“ wurde einem bei einer Demonstration verwundeten Kameraden eine Unterstützung von M 100 bewilligt. Außerdem beschloß die Versammlung auf Antrag Bensch, zur Hebung der Lokalkasse von jedem Mitglied 3 Wochenbeiträge in Höhe von M 1 zu erheben. Ebenfalls wurde der Antrag des Kameraden Ploog, die Versammlungen an jedem ersten Donnerstag im Monat, abends 7 1/2 Uhr, stattfinden zu lassen, angenommen. Nachdem der Kamerad Olfers noch kurz die jetzige politische Lage erörtert hatte, schloß die leider nur wenig besuchte Versammlung.

Darmstadt. Am 17. Februar tagte unsere Generalversammlung, die sich außer mit der Wahl des ersten Vorsitzenden und des ersten Kassierers auch mit einem Antrag des Bezirks Pfungstadt über Neuregelung der Löhne im Lohngebiet Darmstadt beschäftigte. Kamerad Wolf eröffnete die stark besuchte Versammlung und begrüßte unsere Kriegsteilnehmer, zugleich die Erwartung aussprechend, daß nunmehr ein gemeinsames Arbeiten an dem Ausbau unserer Zahlstelle Platz greifen müsse, wenn die Lücken, die uns der Krieg geschlagen, alsbald wieder geschlossen werden sollen. Den Heidenhof haben 18 Kameraden erlitten, deren Andenken die Verammelten in üblicher Weise ehrten. Von Erstattung des Jahresberichtes wurde Abstand genommen, da er bereits in einer Vertrauensmänneritzung und in den größeren Bezirken gegeben wurde. Die Wahlen des Vorsitzenden und des Kassierers vollzogen sich unter einmütiger Zustimmung

nach den Vorschlägen der Bezirksvertrauensleute. Der zweite Punkt, die Neuregelung der Löhne, zettigte eine ausgedehnte Aussprache. Der Antrag Pfungstadt fordert eine sofortige Teuerungszulage unter Hinweis auf die noch fortgesetzten Steigerungen aller Lebensmittelpreise und sonstiger Bedarfsartikel. Auch die in den Staatsbetrieben gezahlten, um 35 bis 40 % pro Stunde höheren Löhne an die Hilfsarbeiter fordern die Zimmerer geradezu heraus. Kamerad Ege war erfreut über die Stimmung der Kameraden, jedoch wies er auf die bestehenden beiderseitigen Abmachungen hin. Die verschiedenen Kameraden, die sich an der Diskussion beteiligten, waren jedoch der Meinung, daß es jetzt genug sei der Entbehrungen, und verlangten sofortige Erreichung der Forderungen. Beschloffen wurde, daß auf den Zimmerplätzen mit guter Arbeitsgelegenheit die Platzvertrauensleute den Meistern die Forderungen unterbreiten sollen. Die Antwort soll innerhalb 24 Stunden erfolgen. Nachdem noch Kamerad Wolf Aufträge bezüglich einer Besprechung über den sogenannten freien Sonnabendmittag, den Lohnausgleich für Lehrlinge und über die Abgabe von Lebensmitteln und Kleidungsstücken in den Staatsbetrieben erhalten hatte, erfolgte Schluß der anregend verlaufenen Versammlung.

Delitzsch. In unserer am 16. Februar abgehaltenen Mitgliederversammlung gab Kamerad Mißschke Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern über unsere Lohnregelungen. Da unsere Zahlstelle zu den vertriebslosen gehört, mußten wir mit den Unternehmern einzeln verhandeln. Erzielt wurde Anerkennung des Reichstalarifvertrages. Der Stundenlohn beträgt ab 1. Januar M 1,51. In der Diskussion wurde der Vorstand beauftragt, mit den Unternehmern, die in der Sitzung nicht anwesend waren, noch besonders zu verhandeln. Weiter wurde beschloffen, eine Hausagitation vorzunehmen, da verschiedene Kameraden es noch nicht für nötig gehalten haben, sich der Zahlstelle wieder anzuschließen, trotzdem sie schon länger aus dem Heeresdienst entlassen sind. Der Versammlungstag wurde auf den ersten Sonntag im Monat festgesetzt. Die Abrechnung über den Neujahrball ergab einen Ueberschuß von M 117, der für unsere Lokalkasse sehr willkommen ist. Der Versammlungsbericht soll jedesmal in „Zimmerer“ veröffentlicht werden. Der Vorsitzende forderte die Kameraden auf, bei den Gemeindevahlen kräftig zu arbeiten, damit die Liste der Arbeiterschaft als Sieger hervorgehe. Den Kartellbericht gab Kamerad Knopf.

Friedrichshagen. Unsere Mitgliederversammlung am 18. Februar war von 25 Kameraden besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte die Versammlung der verstorbenen Kameraden Robert Müller und Fritz Anger. Ueber „Tarifverträge im Zimmerergewerbe“ sprach Kamerad Siebert. Er behandelte die vielfach üblichen Abschlagszahlungen, die Akkordarbeit und ihre schädlichen Wirkungen, den eventuellen Abbau der Löhne und der Lebensmittelpreise, wobei er den durchaus richtigen Standpunkt vertrat, daß mit dem Abbau der Lebensmittelpreise vorangegangen werden müsse. Nachdem jedoch mit sicherer Aussicht noch auf eine Steigerung der Lebensmittelpreise zu rechnen sei, könne natürlich auch an den Abbau der Löhne nicht gedacht werden. Weiter besprach er die achtstündige Arbeitszeit, die auch für die Lehrlinge zu gelten habe, die heute vielfach noch länger beschäftigt würden. Auch die Siedlungsbauten wurden erwähnt. Die Ausführungen zeitigten eine längere Diskussion. Ein Antrag auf Einsetzung einer Kommission wurde verlagert, weil die Zeit dazu noch nicht für gekommen erachtet wurde. Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf die Erhöhung der Beiträge zum Sterbefonds. Es wurde beschloffen, den Beitrag von 10 auf 20 % zu erhöhen. Ferner wurde beschloffen, daß jeder, der dem Verband beiträgt, auch der Sterbekasse beitreten muß. Die aus dem Heeresdienst entlassenen Kameraden treten in ihre alten Rechte ein, wenn sie vom Tage der Entlassung ihre Beiträge entrichten. Unter „Verbandsangelegenheiten“ leitete Kamerad Siebert mit, daß 2 Kameraden dem Verbandsbeitreten und jetzt nur noch 2 unorganisierte Zimmerer vorhanden seien, nämlich Wilhelm Robitschek und Wilhelm Steuer. Zum Schluß wurde noch angeregt, an die Unternehmer heranzutreten wegen mehr Lohn. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Hamburg und Umgegend. Mitgliederversammlung aller Bezirke am 2. März. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen mit der Sozialpolitischen Abteilung des Arbeiter- und Soldatenrates berichtete Kamerad Lehmann, der folgendes ausführte: Gemäß dem Beschluß unserer Zahlstellenversammlung vom 29. Januar dieses Jahres wurde die Forderung eines Stundenlohnes von M 2,50 und eines Aufschlages von 20 % für Wasser- und Karbolineumarbeit sowie von 50 % für Ueberstunden- und Sonntagsarbeit und ferner der Antrag, daß die Arbeitgeber das Handwerkszeug liefern sollen, am 30. Januar dem Baugewerbeverband zur Hamburg sowie den Ortsgruppen für Rostedt, Stellingen usw. übermittelt. Die am 7. Februar eingegangenen Antwortschriften waren im ablehnenden Sinne gehalten mit dem Hinweis, daß der Tarif für das Baugewerbe bis zum 31. März dieses Jahres Gültigkeit habe, sowie auf die kommenden zentralen Verhandlungen, die schon am 18. März beginnen würden. Gemäß dem Beschluß unserer Zahlstellenversammlung vom 29. Januar wurden hierauf unsere Forderungen der Sozialpolitischen Abteilung des Arbeiter- und Soldatenrates übermittelt, um hierüber eine Entscheidung herbeizuführen. Unsere Verhandlungskommission hat sich auch persönlich mit der Sozialpolitischen Abteilung des Arbeiter- und Soldatenrates in Verbindung gesetzt, um die Sache zu beschleunigen. Am 17. Februar hat dann die erste Verhandlung stattgefunden. Unsere Forderungen wurden hier begründet mit dem Hinweis, daß eine Preissteigerung der Lebensmittel von über 100 % für die notwendige Berufskleidung von 600 % stellen müssen, von 230 % zu verzeichnen sei. Unser Lohn ist während der Kriegsjahre durch die zugestandenen Teuerungszulagen sowie durch den Lohnausgleich für den Achtstundentag dagegen nur um 111 % gestiegen. Des Weiteren haben wir gefordert, daß der Lohn der Einschaler dem der Zimmerer gleichgestellt würde, da er um 5 % pro Stunde niedriger ist als der der Zimmerer und sich hieraus auf den Arbeitsstellen schon vielfach Differenzen er-

geben hätten. Ferner haben wir verlangt, daß für weitentlegene Baustellen, die nur per Dampfer zu erreichen sind, die Fahrzeit in die Arbeitszeit fallen müsse. Die Vertreter der Arbeitgeber beharrten trotz aller vorgebrachten Gründe auf ihrem ablehnenden Standpunkt. Hiergegen wurde unsererseits geltend gemacht, daß bis zu Kriegsbeginn in Hamburg und Umgegend für das Baugewerbe die höchsten Löhne gezahlt wurden, daß aber während der Kriegsjahre eine Reihe von Städten uns in der Lohnhöhe überflügelt hätten; das gleiche treffe auf viele andere Berufe und Branchen zu. Der jetzt gezahlte Lohn der Zimmerer sei in jeder Beziehung unzureichend. Alle Vernunftgründe fanden jedoch bei den Arbeitgebervertretern kein Gehör. Sie bestanden darauf, daß zunächst die kommenden zentralen Verhandlungen im Baugewerbe abzuwarten seien. Der Verhandlungsleiter beantragte sodann, daß der Baugewerbeverband versuchen müsse, innerhalb einer Woche mit uns eine Verständigung über die Forderungen zu erzielen, die Sozialpolitische Abteilung des Arbeiter- und Soldatenrates würde dann in einer weiteren Verhandlung am 25. Februar, an der beide Parteien wieder teilnehmen sollten, über unsere Forderungen entscheiden. Die Tarifkommission des Baugewerbeverbandes berief hierauf zum 25. Februar eine Sitzung ein, an der auch Vertreter des Bauarbeiterverbandes als Tarifkontrahenten teilnahmen. In dieser Verhandlung haben unsere Vertreter nochmals versucht, die Arbeitgeber zu bewegen, unsere nun allzu berechtigten Forderungen anzuerkennen, jedoch ohne Erfolg, da die Arbeitgebervertreter nach wie vor ihren ablehnenden Standpunkt beibehielten. Der Vertreter des Bauarbeiterverbandes, Hartwig, erklärte in dieser Verhandlung, daß er die unsererseits angegebenen Ziffern und Zahlen über die Preissteigerungen nicht angezweifeln könne, dieselben seien eher noch zu niedrig, trotzdem könnten die Bauarbeiter unsern Antrag nicht unterstützen; wir müßten eben den Ablauf des Tarifvertrages beziehungsweise das Ergebnis der kommenden zentralen Verhandlungen abwarten. Hartwig bekämpfte indirekt unsere Forderungen, wofür er Beifall bei allen Arbeitgebervertretern erzielte. Die Arbeitgeber erklärten weiter, falls die Zimmerer ihre Forderungen nicht zurückziehen würden, sie sich einem Schiedsspruch des Arbeiter- und Soldatenrates unter keinen Umständen fügen würden. Am folgenden Tage fand darauf die zweite Verhandlung vor der Sozialpolitischen Abteilung des Arbeiter- und Soldatenrates statt. Hieran nahm auch der Vorsitzende des Baugewerbeverbandes, Herr Holtz, teil. Bei dieser Verhandlung mußte das ganze Material zur Begründung der Forderungen unsererseits nochmals vorgebracht werden, da ein anderes Mitglied der Sozialpolitischen Abteilung den Vorsitz führte, das von dem Ergebnis der ersten Verhandlung in keiner Weise unterrichtet war. Jegendwelche Akten oder Protokolle über das Ergebnis der ersten Verhandlung lagen nicht vor, konnten auch nicht herbeigeschafft werden. Lehmann stellte hierzu in der Versammlung fest, daß er eine derartige Unordnung während seiner langjährigen Tätigkeit als Vorsitzender der Zahlstelle noch bei keiner Behörde vorgefunden habe. Herr Holtz als Vorsitzender des Baugewerbeverbandes ersuchte die Vertreter der Zimmerer, doch ihre Forderungen zurückzustellen bis zu den zentralen Verhandlungen, dann würde den Wünschen der Zimmerer Rechnung getragen werden. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden. Die Kommission war nicht in der Lage, einen Schiedsspruch zu fällen, da hierüber die Gesamtkommission der Sozialpolitischen Abteilung entscheiden müsse; der Schiedsspruch sollte uns jedoch rechtzeitig gestellt werden. Trotz aller Bemühungen erhielten wir den Schiedsspruch erst am 1. März zugestellt. Er lautet: „Die Sozialpolitische Abteilung steht auf dem Standpunkt, da am 18. März in Berlin die Verhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern für die Bauarbeiter beginnen, daß auch die Zimmerer Hamburgs diese Verhandlungen abwarten müssen. Sollten diese zu einem ersprießlichen Resultat nicht führen, so erklärt sich die Sozialpolitische Abteilung bereit, die Sache zur endgültigen Zufriedenheit zu erledigen. Grundsätzlich steht die Sozialpolitische Abteilung auf dem Standpunkt, daß zwar ein Stundenverdienst von M. 1.90 zu niedrig ist, kann aber den zentralen Verhandlungen nicht vorgreifen. Bez.: Hüfmeier, Schnoor, R. Prief.“ Bei der Fällung dieses Schiedsspruches habe sich die Sozialpolitische Abteilung den Gründen der Arbeitgeber angeschlossen und unsere Forderungen kein Gehör geschenkt. Was bei den zentralen Verhandlungen herauskomme, könne keiner voraussetzen. Der Zahlstellenvorstand habe sich nun mit dieser Frage eingehend beschäftigt und empfehle der Versammlung nachstehende Entschlüsse zur Annahme: „Die heute, am 2. März, im Gewerkschaftshaus tagende Versammlung der Mitgliedschaft von Hamburg und Umgegend nimmt Kenntnis von dem Schiedsspruch der Sozialpolitischen Abteilung des Arbeiter- und Soldatenrates von Hamburg, Altona und Umgegend. Die Versammlung bedauert aufrichtig die Ablehnung unserer gestellten Lohnforderungen, die selbst durch die Sozialpolitische Abteilung des Arbeiter- und Soldatenrates für berechtigt anerkannt, trotzdem aber abgelehnt wurden mit dem Hinweis auf die kommenden zentralen Verhandlungen für das Baugewerbe am 18. März dieses Jahres. Die Zimmerer hätten erwartet, daß ihnen mindestens bis zu dieser Zeit eine angemessene Teuerungszulage genehmigt worden wäre. Die Sozialpolitische Abteilung des Arbeiter- und Soldatenrates hat sich bei der Fällung des Schiedsspruches von denselben formellen Gründen leiten lassen, welche die Vertreter der Arbeitgeber bei diesen Verhandlungen vorgebracht haben. Der bei den Zimmerern vorherrschenden Notlage wird durch diesen Schiedsspruch in keiner Weise abgeholfen. Mit den Vertretungen auf kommende zentrale Verhandlungen im Baugewerbe ist den Zimmerern von Hamburg und Umgegend in keiner Weise geholfen. Trotz all dieser Enttäuschungen erklärt die Versammlung, sich dem Schiedsspruch zu fügen, da alle bisher angerufenen Instanzen, hierunter auch unsere Bruderorganisation, der Deutsche Bauarbeiterverband, Bezirksverein Hamburg und Umgegend, uns ihre Beihilfe zur Durchführung unserer nun allzu berechtigten Forderungen verweigert haben. Die Versammelten sprechen Klipp und Klar aus, daß die Mitgliedschaft von Hamburg

und Umgegend unter keinen Umständen einem neuen oder verlängerten Reichstarif für das Baugewerbe ihre Zustimmung geben kann. Die Mitgliedschaft von Hamburg und Umgegend erwartet deshalb vom Zentralvorstand unseres Verbandes, daß derselbe bei den kommenden Verhandlungen ganz energisch dafür eintritt, daß Hamburg und Umgegend bei einem zentralen Reichstarif für das Baugewerbe ausbleibe. Um die Organisation in Anbetracht dieser Verhältnisse zu stärken und auszubauen, verpflichten sich die Anwesenden, dafür Sorge zu tragen, alle nichtorganisierten Zimmerer in Hamburg und Umgegend, soweit dieselben organisationsfähig sind, unsern Verbände zuzuführen.“ Lehmann ersuchte die Versammlung, diese Entschlüsse möglichst einstimmig anzunehmen, und erwähnte noch, daß wir, ehe wir an die Arbeitgeber mit unsern Forderungen herantreten sind, mit dem Vorstand des Bauarbeiterverbandes von Hamburg und Umgegend eine Sitzung abgehalten hätten, um die Bauarbeiter für unsere Forderungen zu interessieren. Uns wurde jedoch erklärt, daß der engere Vorstand der Bauarbeiter nicht in der Lage sei, unsere Forderungen zu unterstützen, trotzdem dieselben berechtigt seien. Auch eine erweiterte Vorstandssitzung des Bauarbeiterverbandes habe unsern Antrag auf Durchführung der Forderungen einstimmig abgelehnt. Grad als Mitglied der Kommission führte aus: Wenn es nach Hartwig ginge, könnten wir überhaupt keine Lohnforderungen durchführen; denn eine rege Bautätigkeit ist in der nächsten Zeit ausgeschlossen. Wenn Hartwig nicht in der Lage war, unsere Forderungen zu unterstützen, so hätte er sich mindestens bei den Verhandlungen passiv verhalten müssen; so aber habe er den Arbeitgebern das Rückgrat gestärkt. Wenn Hüfmeier den Schiedsspruch mit unterzeichnet habe, so müsse gesagt werden, daß für denselben die soziale Frage gelöst sei, er beziehe vom Arbeitsamt ein Gehalt von M. 8000 jährlich. Wir müßten Erlaubnis nehmen gegen diejenigen, die von Arbeitgeberseits begehrt werden, aber berechnete Forderungen der Arbeiter nicht anerkennen. Hüfmeier als ungelerner Arbeiter sei gar nicht kompetent, ein Urteil über unsere Forderungen zu fällen.“ Margref führte aus: Wir sind mit unserer Bewegung auf ein totes Geleise geraten, und zwar durch die Laueheit und Angst des Arbeiter- und Soldatenrates gegenüber unsern Forderungen. Es ist zweckmäßig, daß wir uns mit dem Reichstarif für das Baugewerbe fassen und was derselbe uns gebracht habe. Dieser Reichstarif ist ein Kampfmittel in den Händen der Unternehmer, um die gewerkschaftlichen Organisationen niederzuzubringen. Der Zentralvorstand wie auch unsere Generalversammlung haben nicht die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis gezogen. Hier müsse der Wille der Masse maßgebend sein, denn derselbe sei der Träger des Klassenkampfes. Durch den Reichstarif gingen der Arbeiterklasse viele materielle Vorteile verloren. Wir müssen zu irdischen Tarifverträgen zurückkommen, dann wird es besser werden. Es sprachen noch die Kameraden Biehm, Krause, Köpcke und Michel im gleichen Sinne. Nach einem kurzen Schlußwort von Lehmann wurde die vorgelegte Entschlüsse gegen eine Stimme angenommen. — Zu der Arbeitslosigkeit in unserm Gewerbe führte Lehmann aus, daß nach Abschluß des Waffenstillstandes im November vorigen Jahres die Arbeitslosigkeit für unsere Mitglieder sehr zurückgegangen sei. Die Konjunktur würde sich in der nächsten Zeit auch noch nicht günstiger gestalten, trotzdem in Hamburg Wohnungsnot vorherrsche. Die Bautätigkeit werde künstlich zurückgehalten. Auf die Baudeputation müsse unsererseits eingewirkt werden, daß Arbeiter unverzüglich in Angriff zu nehmen seien. Es wird zweckmäßig sein, daß eine Kommission dieserhalb bei den in Betracht kommenden Behörden vorstellig wird. Kamerad Koch bemerkte hierzu, daß in der Badeanstalt Schwantow die Arbeiten nur notdürftig hergestellt würden; die Baubehörde lasse sich nicht bewegen, die Arbeiten ordentlich auszuführen. Hierauf wurde eine Kommission aus den arbeitslosen Mitgliedern Margref, Biehm und Busen gewählt, die bei der Baudeputation die Wünsche der arbeitslosen Zimmerer vortragen soll. Unter „Verbandsangelegenheiten“ wurde vorgebracht, daß die Firma Dyckerhoff & Widmann bei ihren Arbeiten in Finlenwärdter Leute einstelle, ohne dieselben durch den Sacharbeitsnachweis für das Baugewerbe zu beziehen, und daß diese Firma für die in Hamburg Wohnenden die Fahrzeit nicht bezahle. Lehmann bemerkte hierzu, daß auch die Firma verpflichtet sei, ihre Leute nur durch den Sacharbeitsnachweis zu beziehen und daß bezüglich der Fahrzeitentschädigung bereits eine Vereinbarung mit der Firma durch die Schlichtungskommission erzielt sei. Nach Erledigung interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Briefkasten der Redaktion.
Ueber unregelmäßige Zustellung des „Zimmerer“ wird in der letzten Zeit lebhaft geklagt. Die Nr. 10 des „Zimmerer“ vom 8. März wollen mehrere Zahlstellen überhaupt nicht erhalten haben. Die Schuld daran trägt, was wir hier feststellen möchten, nicht die Expedition des „Zimmerer“, die den Versand in unveränderter Weise erledigt. Derartige Unregelmäßigkeiten sind vielmehr den erschwerten Verkehrsverhältnissen, die teilweise zu Verkehrsstockungen führten, zuzuschreiben, wie sie mehrfach in den letzten Wochen, vor allem in Mitteldeutschland, aufgetreten sind. In den meisten Fällen dürften die Zahlstellen die ausgebliebene Nummer noch verspätet erhalten haben. Wo das nicht geschehen ist, bitten wir um Nachbestellung.

Versammlungsanrufer.
Freitag, den 28. März:
Cassel: Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Obere Karlstr. 17. — **Zena:** Nach Feierabend im Gewerkschaftshaus. — **Münster i. W.:** Abends 7 Uhr bei Aug. Brinkmann, Krummer Timpen 29/30.
Sonntag, den 29. März:
Afen: Abends 8 Uhr in der Herberge zur Heimat. — **Doberan:** Abends 7 Uhr in „Stadt Albed“. — **Hagenow:** Eine halbe Stunde nach Feierabend. — **Gattingen a. d. N.:**

Abends 7 Uhr im Lokale von Kersting, Sprachhöveler Straße. — **Wühlhausen i. Th.:** Gleich nach Feierabend im „Burgkeller“. — **Kreuzfeld:** Abends 7 Uhr im Volkshaus, Bismarckstraße. — **Waren:** Abends 8 Uhr im Gasthaus „Zur Traube“.
Sonntag, den 30. März:
Bielefeld: Vorm. 10 Uhr in der „Zentralhalle“, Am Kesselbrink. — **Boizenburg:** — **Diffelborn:** Nachm. 5 Uhr bei Joh. Meller, Hafenstr. 9. — **Fürstentum:** Bei R. Niedermeyer, Windmühlensstraße. — **Memel:** Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Holzstr. 3d.

—* Anzeigen. *

Nachruf.
 Am 6. März verstarb im blühenden Alter von 26 Jahren an einer im Kriege sich zugezogenen Krankheit unser treues Mitglied
Heinrich Sturm
 aus Crumbach.
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
 [M. 3,90] Die Zahlstelle Cassel.

Nachruf.
 Von den Kameraden unserer Zahlstelle sind während des Krieges gefallen:
Peter Staats Carl Jakobs
 1. Vorsitzender Julius Ketelsen
August Babiky Gestorben sind:
Fritz Ohm Peter Eckeberg
Jens Neiss Georg Eckeberg
 Wir werden ihr Andenken in Ehren halten!
 [M. 5,10] Die Zahlstelle Flensburg.

Nachruf.
 Am 11. März starb nach langem, schwerem Lungenleiden infolge des Krieges unser Mitglied, der Kamerad
Julius Tirry
 im Alter von 40 Jahren. [M. 3,80]
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
 die Kameraden der Zahlstelle Flottbek.

Zahlstelle Hamburg u. Umg.
 Mittwoch, den 2. April, abends 7½ Uhr:
Zahlstellen-Versammlung
 im Gewerkschaftshaus, großer Saal, 1. St.
 Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Abrechnung vom 4. Quartal 1918. 3. Wahl der Delegierten zur 21. Generalversammlung. 4. Beschlußfassung über eingegangene Anträge. Mitgliedsbuch legitimiert.
 Erscheinen aller Zahlstellenfunktionäre ist dringend notwendig. Die Mitglieder sind berechtigt, mit beratender Stimme an der Versammlung teilzunehmen.
 [M. 1,50] Der Vorstand.

Verkehrslokale, Herbergen usw.
Berlin: Arbeitsnachweis und Bureau der Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen für Berlin und Umg.: 20, Engelauer 16, 8. St., Zimmer 20. Fernsprecher Amt Moritzplatz, Nr. 2729. Differenzen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie Unfälle sind hier zu melden.
Cöpenick: Bureau und Arbeitsnachweis befinden sich im Volkshaus „Kollosteum“, Budaauer Straße 123, 1. St., Zimmer 16. Herberge der Zahlstelle Kollegen sind verpflichtet, ehe sie umziehen, sich im Bureau zu melden. Öffnet 11-1 Uhr und nachm. 5-7½ Uhr.
Dortmund: Verbandsbureau, Arbeitsnachweis und Herberge im Gewerkschaftshaus, Bellingstraße 22. Herberge und arbeitslose Mitglieder sind verpflichtet, sich im Bureau zu melden. Umzug verboten.
Hamburg: Bureau des Zentralverbandes der Zimmerer Hamburgs und Umgegend: Besenbinderhof 56, Hinterh., 1. Stock. Telefon: Merkur 4426. Öffnet vorm. von 11 bis 1 Uhr, nachm. von 5 bis 7 Uhr. Alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen der Zimmerer Hamburgs und Umg. sind hier zu melden. Herreisende Kameraden haben die Pflicht, bevor sie nach Arbeit umsehen, sich im vorstehend benannten Bureau zu melden. Weiterverzeichnisse werden dort unentgeltlich verabfolgt.
Hamburg-St. Georg: Verkehrslokal für Bezirk 4 bei Eduard Stoppet, Hohofstr. 20. Telefon: Sultan 3224. Jeden Sonntag, vom mittags von 9 bis 1 Uhr, Beitragsentgegennahme. Versammlungslokal der Zentralrentenstelle der Zimmerer.
Hamburg-Eimsbüttel: Albert Senack, Verkehrslokal, Bellealliancestr. 44. Jeden Sonntagabend Zahlabend. Jeden letzten Sonntag im Monat Zahlabend der Zentralrentenstelle. Telefon: Merkur 2723.
Hamburg-Winterhude: Verkehrslokal bei Geimr. Schulz, Marktplatz 14. Telefon: Merkur 1793. Zusammenkunft jeden zweiten Montag im Monat.
Hamburg-Blumenhof: Bezirkslokal für Bezirk 10 bei der Wwe. Gärlich, Moorstr. 17. Zusammenkunft jeden ersten Montag im Monat.
Hamburg-Warmbüchel: Verkehrs- und Bezirkslokal für den Bezirk 9 bei G. Rohweder, Könnhaldtr. 67. Beitragsentgegennahme jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags.
Kiel: Zahlstellenbureau Gewerkschaftshaus, Fährstr. 24, 2. St., Zimmer 10. Telefon 2221. Differenzen über Lohn- und Arbeitsbedingungen sind hier zu melden. Arbeitslosenkontrolle von 10 bis 11 Uhr. Der Arbeitsnachweis befindet sich im Schloß. Versammlung jeden zweiten Dienstag im Monat im Gewerkschaftshaus.
Wismar: Zahlstellenbureau: Gewerkschaftshaus F. 4. 9. 3. St., Zimmer 10 und 11. Telefon 2276. Arbeitsnachweis befindet sich in der Herberge täglich von 7 bis 9½ Uhr abends, Sonntags von 11 bis 12 Uhr vormittags. Arbeitslose haben sich von 10 bis 11 Uhr vormittags zur Kontrolle zu melden.
Wismar: Bureau der Zahlstelle und Arbeitsnachweis: Postlokalstr. 4/44 Gewerkschaftshaus, 1. Stock, Zimmer 24. Telefon 51020. Ersprechstunden: Vormittags von 10 bis 12 Uhr, abends (Montags und Freitags) von 5 bis 7 Uhr, Samstags von 8 bis 1 Uhr ununterbrochen. Arbeitslosenmeldung von 10 bis 12 Uhr. Sonntags geschlossen. Bezirksherberge: Am Glockenbach 10.
Wismar-Hafen und Umgegend: Bureau: Mähringen, Mähringer Straße 28. Öffnet: Wochenends von 7 bis 8 Uhr abends. Versammlung jeden dritten Dienstag im Monat.